



Brief aus Straßburg

Dr. Renate Sommer
Europaabgeordnete für das Ruhrgebiet

Nr. 43; April 2006

Liebe Leserin, lieber Leser,

In seiner April-Sitzung debattierte das Europäische Parlament über die Ergebnisse des Frühjahrsgipfels der EU-Staats- und Regierungschefs, der sich vor allem mit der **Lissabon-Strategie** befasst hatte. In einer internen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses sprach sich Erweiterungskommissar Rehn für den schnellen **EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens** zum 1. Januar 2007 aus, und der Trilog von Kommission, Ministerrat und Europäischem Parlament zur **finanziellen Vorausschau** der EU für die Jahre 2007 - 2013 führte zu einer Einigung. Weitere Themen dieser Plenarwoche waren das **Verbot von Fluorgasen** in Kühlschränken und Auto-Klimaanlagen, Leitlinien für **transeuropäische Energienetze**, **Arbeitnehmerfreizügigkeit** für die neuen Mitgliedstaaten u.v.m.

Freizügigkeit von Arbeitnehmern

Gegen die Stimmen der CDU/CSU-Gruppe forderte das EP mehrheitlich die Mitgliedstaaten dazu auf, die geltenden Übergangsmaßnahmen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit abzuschaffen. Glücklicherweise ist dieser EP-Beschluss nicht bindend für die Mitgliedstaaten! Zur Information: Nach dem 1. Mai 2004 hatten nur drei Mitgliedstaaten der EU (Irland, Großbritannien, Schweden) ihre Arbeitsmärkte uneingeschränkt für Bürger

der neuen Mitgliedstaaten geöffnet. Die übrigen "alten" EU-Staaten, insbesondere Deutschland und Österreich, waren dazu nicht bereit gewesen.

Lissabon-Strategie

Das EP unterstützt den Ministerrat in der Zielsetzung, bis 2010 jährlich zwei Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Zentrales Anliegen ist die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit und die Verbesserung der Arbeitssituation junger Menschen.

Transeuropäische Netze

Das EP legte Leitlinien für transeuropäische Energienetze fest. Gefordert wird eine Anpassung an die Gegebenheiten der erweiterten EU und die Einsetzung eines europäischen Koordinators zur Erleichterung des grenzüberschreitenden Dialogs zwischen Bauträgern und Betroffenen.

Kulturhauptstadt Europas

Das Auswahlsystem zur Ernennung der Europäischen Kulturhauptstädte für die Jahre 2007 bis 2019 wird reformiert: Nun soll auch das Europäische Parlament zur Auswahljury gehören. Das Programm "Europäische Kulturhauptstadt" existiert seit 1985. Eine Ernennung zur Kulturhauptstadt bringt erfahrungsgemäß viele Vorteile: Sie macht Städte zum Anziehungspunkt für Künstler, Besucher und Investoren aus ganz Europa. Bisher

wird jährlich mindestens eine europäische Kulturhauptstadt ausgerufen, ab 2009 werden es jährlich jeweils zwei sein. Das Ruhrgebiet (Gemeinschaftsbewerbung mehrerer Städte unter der Führung von Essen) bewirbt sich als Kulturhauptstadt Europas für 2010.

Verbot von Fluorgasen

Nach der Einigung im Vermittlungsausschuss stimmte das EP in dritter Lesung über zwei Berichte aus dem Umweltausschuss ab: Die **Verordnung** über fluoridierte Treibhausgase soll zur Erfüllung des Kyoto-Abkommens den Ausstoß dieser Treibhausgase verringern. Die **Richtlinie** über Emissionen von Treibhausgasen aus Klimaanlagen in Kraftfahrzeugen strebt einen Technologiewandel an: Klimaschädliche Gase als Kühlmittel in Autoklimaanlagen sollen durch umweltfreundlichere Gase ersetzt werden.

Finanzielle Vorausschau

Der jetzt erreichte Kompromiss zwischen EP, Kommission und Rat zur EU-Finanzplanung 2007-2013 sieht eine Aufstockung des Haushaltes um 4 Mrd. Euro vor allem in den Bereichen vor, in denen die Staats- und Regierungschefs Kürzungen vorgenommen hatten. Insgesamt wird das EU-Budget 2007-2013 866,4 Mrd. Euro umfassen. Die Budgetaufstockung teilt sich wie folgt auf:

- 2,1 Mrd. Euro für Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung: 500 Mio. für Transeuropäische Netze (TENs), 800 Mio. für Bildungsprogramme, 400 Mio. für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen), 300 Mio. für das 7. Forschungsrahmenprogramm, 100 Mio. für Soziales;
- 300 Mio. für Kohäsion, Wachstum und Beschäftigung ("territoriale Kohäsion");
- 100 Mio. für den Umweltschutz ("Schutz natürlicher Ressourcen");

- 200 Mio. für Gesundheit und Verbraucherschutz;
- 300 Mio. für Kulturprogramme (z.B. "Jugend", "Bürger für Europa");
- 1 Mrd. Euro für die Rolle Europas in der Welt: 200 Mio. für Europäische Nachbarschaftspolitik, 800 Mio. für die GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).

Dieser Haushaltskompromiss muss noch durch das EP abgesegnet werden.

Förderung von Bürgerprojekten

Mittlerweile werden fast 80 % unserer nationalen Gesetze in Brüssel bzw. Strassburg geschrieben. Umso erschreckender ist es daher, dass das Gros der europäischen Bürgerinnen und Bürger so gut wie nichts über diese Zusammenhänge weiß und die europäische politische Ebene für eher unwichtig hält. Dies äußerte sich u.a. in der alarmierend niedrigen Beteiligung an der Europawahl 2004 und in der Ablehnung des Verfassungsvertragsentwurfes in den Niederlanden und in Frankreich. Ein neues Informationsprogramm "Europa für Bürger", das im Zeitraum 2007 bis 2013 verschiedene Projekte in 36 Ländern fördern soll, wird versuchen, die Kluft zwischen den Europäern und ihren EU-Institutionen zu überbrücken. Das Parlament schlägt dafür ein Budget von ca. 291 Mio. EUR für die nächsten sieben Jahre vor.

Bis zum nächsten Straßburgbrief grüsse ich Sie herzlich!

Ihre



Dr. Renate Sommer, MdEP

Tel. 0032-228-47383,

Fax: 0032-228-97383

E-mail: rsommer@europarl.eu.int